

Mehr Europa wagen – Die deutsche Wirtschaft stellt die falschen Fragen

Zusammenfassung

Die Corona-Krise ist eine schwere Belastungsprobe für alle Menschen und auch Institutionen. Zur Kontrolle des Infektionsrisikos griff und greift weltweit ein überwiegend restriktives Kontaktreduzierungsprogramm der Nationalstaaten. Es galt und gilt Gesundheits- und Lebensrisiken zu vermindern. Hierzu wurden Versammlungs-, Veranstaltungs- und Geschäftsverbote sowie Abstands-, Hygiene- und Quarantänegebote verhängt.

Die wirtschaftlichen Kosten wurden schnell offenbar. Umsatzverluste, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Konkurse. Die Börsenkurse brachen um 30-40% ein. Zur Begrenzung der absehbaren Rezession wurden Rettungsprogramme zugunsten von Wirtschaft und Beschäftigung aufgelegt. Die Staatsverschuldung steigt stark an.

Das Coronavirus bedroht zwar alle gleich, aber die Krisen- und Krisenbekämpfungskosten sind unterschiedlich verteilt: räumlich (Staaten, Regionen), sektoral (Branchen), funktional (selb-/unselbständig erwerbstätig, qualifiziert), persönlich (Risikogruppe, Vermögen).

Obwohl in Deutschland eine sehr liberale Kontaktreduzierungsstrategie im Vergleich zu Italien, Spanien oder Frankreich gewählt wurde und die Minimierung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Anfang an hohe Priorität hatte, begann mit den staatlichen Restriktionen auch eine Diskussion um „untragbare Folgen für die Wirtschaft“. Dabei wird bewusst der Eindruck erweckt, dass der staatliche shutdown die gesamte Volkswirtschaft schließe.

Dies ist meines Erachtens aus vier Gründen falsch:

1. Es entspricht nicht der Wahrheit.
Der Großteil der wirtschaftlichen Kosten stammt aus strukturellen Störungen (Lieferketten), die entweder an Schließungen in anderen Ländern liegen oder durch privat veranlasste Betriebsschließungen verursacht wurden. Diese waren bedingt durch den Schutz der Belegschaften, eine allgemein rückläufige Konjunktur oder durch technische, organisatorische oder materielle Mängel.
2. Erwartungsstabilisierung
Die Politik ist bemüht eine Krisenspirale zu vermeiden. Neben der unmittelbaren Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten dienen die riesigen

Rettungsschirme, insbesondere der Stabilisierung der Erwartungen. „Wir schaffen das“ 2.0. Sollte dies nicht gelingen sind die Wirkungen auf Investitionen und Konsum doppelt negativ berührt. Einerseits durch die effektiven Verluste bei Umsatz und Einkommen durch die Krise, andererseits durch Angstsparen. Verhärteten sich die negativen Erwartungen von Konsumenten und Investoren, verhalten sie sich hinsichtlich ihrer Ausgaben zurückhaltender und behindern ein Wiederanspringen der Konjunktur.

3. Öffentliche Ordnung
Die shutdown-Kritiker mit ihrer Exit-Forderung weisen teilweise selbst auf horrende Kosten eines nochmaligen shutdowns hin, falls die Lockerungen zu früh kamen. Vor allem aber verkennt „die Wirtschaft“ die wichtige, ordnende Rolle der Gesundheitspolitik. Der Ausstieg aus den Corona-Schließungen braucht das Vertrauen in die Wirksamkeit der Maßnahmen. Sonst nützt es nichts, wenn man wieder Schuhe im Schuhladen kaufen kann, aber keiner traut sich. Das Beispiel Bahn zeigt dies. Verboten ist Bahnfahren nicht. Doch die Fahrgastzahlen gingen in der Krise um 85% zurück.
4. Alternativkosten
Allen Kritikern fehlt eine Alternativrechnung. Wie verlief mutmaßlich die Krise ohne shutdown.

Fazit:

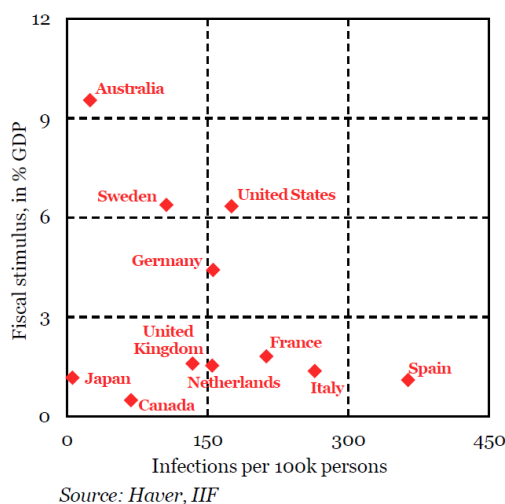
Das Problem der deutschen Wirtschaft ist nicht die staatliche shutdown-Politik, die die Interessen der Wirtschaft angeblich nicht berücksichtigt. Es ist vielmehr die Fragilität ihrer Lieferketten. Diese sind im globalen Wettbewerb auf Kosteneffizienz getrimmt worden. Sicherheit spielte eine untergeordnete Rolle (wie in der Finanzkrise!). In der jetzigen Krise ist es meines Erachtens viel bedeutsamer z.B. Italien zu unterstützen, aus Solidarität. Aber auch aus Eigennutz um den dortigen Absatzmarkt zu beleben und auch die dortigen Zulieferer z.B. für den deutschen Maschinen- und Fahrzeugbau wieder in Produktion zu bringen. Dies ist wichtiger, als die öffentlichen Meinungsbildungskonzepte mit Panikmache und Lobbyismus zu verstopfen und zu verunsichern. Diese Erkenntnis setzt sich nun langsam durch. Auch VW-Chef Diess fordert jetzt Corona-Bonds. (Der Spiegel (c))

Von Lernchancen und Nebelkerzen

Krisen sind immer auch Phasen des Lernens. In dieser Krise über Viren, Reproduktionsraten, Zulieferketten, Home Offices, bargeldloses Bezahlen, eLearning, Video-konferenzen und die „Systemrelevanz“ von Kassiererinnen, Pflegekräften, Müllwerkern, Lieferservices und LKW-Fahrern. Zudem lernen wir wieder etwas über die Bedeutung staatlichen Krisenmanagements.

Die Diskussion um die richtigen Maßnahmen und das richtige Tempo zum Ausstieg aus den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ist in vollem Gang. Zur Rettung von Menschenleben und auch der wirtschaftlichen Entwicklung haben Staaten weltweit riesige Rettungsfonds und -schirme aufgemacht. Die Not und die verfügbaren Hilfgelder machen offenbar leidenschaftlich. Es ist die Zeit der Lobbygruppen, die mit lautem Geschrei der Politik den Weg weisen wollen.

Abb. 1: Staatliche Rettungsprogramme in % des BIP und nach Corona-Infektionsintensität (nur direkte fiskalische Initiativen ohne Bürgschaften, Garantien und Beteiligungsfonds, Quelle: IIF)



Krisenlasten sind zumeist sozial ungleich verteilt

Die Relevanz der verschiedenen Systeme, vor allem aber die Mittel zur Durchsetzung sozialer Interessen sind nicht gleich verteilt. Daher ist es nicht sehr hellseherisch zu erwarten, dass auch diese Krise die sozialen Differenzen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter vergrößern wird. Das betrifft die Empfänger kleiner Gehälter, Hartz IV-Empfänger usw. Dies betrifft in dieser Krise aber auch kleine gegen große Unternehmen, organisierte (Agrar, Bau, Industrie, Finanzen, Handel, ...) gegen weniger organisierte Sektoren (Start-ups, Frisöre, Restaurants, Physiotherapeuten, Pflegeberufe, ...).

Dies liegt einerseits in der Natur der Krise (Eigenkapital, Kreditzugang, Diversifikation ist in größeren Unternehmen eher gegeben als in anderen). Dies liegt auch an Aufmerksamkeitsschwellen der bedrohten Marken und Beschäftigung (TUI vs Reisebüro). Dies liegt andererseits aber auch an der Organisation der Interessen. Die

klassische Industrie mit hoher Kapital- und Technologieintensität, hoher Wertschöpfung, hohen beschäftigten Qualifikationen ist auf der Unternehmens- und der Beschäftigtenseite besser organisiert und weiß diese öffentlich besser vorzutragen, als die kleineren Einheiten der sehr diversen Dienstleistungswirtschaft.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die temporäre Dankbarkeit der Gesellschaft für die Beschäftigten, die während der Corona-Krise „den Laden am Laufen hielten“ auszahlt. Kassiererin, Brummifahrer, Müllwerker, Paketbote und natürlich Pflegekräfte. Überwiegend nicht am oberen oder mittleren Ende der Gehaltsstruktur angesiedelt. Zumeist aber auch schlecht organisiert.

Auch räumlich gibt es sehr unterschiedliche Betroffenheiten. Bayern kann viel höhere Beträge zum Schutz seiner Wirtschaft mobilisieren als z.B. Sachsen-Anhalt. Auch zeigt sich eine Schwäche im Süden der EU ganz zu schweigen von Corona-Problemen im globalen Süden.

Geld oder Leben? – Eine neoliberale Abwägung?

Recht früh warnten einige Ökonomen vor hohen volkswirtschaftlichen Kosten durch die Pandemie-Bekämpfung. Es ging dabei nicht um die Kosten der Pandemie durch Krankheit und Tod sowie deren medizinische Behandlung, sondern um die entgangenen Einkommen und Gewinne durch die Schutzmaßnahmen.

Natürlich müssen in Notsituationen Abwägungen getroffen werden. Die Schließung von Gaststätten zur Reduzierung von physischen Kontakten steht gegen das berechnete Interesse des Betreibers, der Beschäftigten, der Lieferanten und auch der Kunden (sowie des Steuerstaats). Kontaktbeschränkungen stehen aber auch im Konflikt mit Freiheitsrechten (Freizügigkeit, Versammlungsfreiheit, ...) und den Schutz der Privatsphäre. Hier die richtige Balance zu finden ist „die Kunst des Möglichen“ (Bismarck) und nie richtig oder falsch. Deshalb brauchen wir auch Meinungsfreiheit, Diskussion, freie Meinungsbildung, Wahlen, Gewaltenteilung und repräsentative Demokratie.

Staatliche shutdowns als kollektiver Gesundheitsschutz stehen insbesondere einem radikalen Individualismus entgegen. Deshalb kommt die Kritik am harschesten aus rechts-liberalen Kreisen. Die Abwägung von Kosten und Nutzen unterschiedlicher Strategien müsse erlaubt sein, so die Forderung der Marktradikalen. Donald Trump unkte „der Schutz vor der Pandemie dürfe nicht schlimmer als die Krankheit selbst werden“ (Der Spiegel (b)). Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Romer sieht die Wirtschaft sterben, bei Beibehaltung der Corona-Bekämpfungsstrategie (Romer).

Diesen neoliberal-sozialdarwinistisch Ansatz brachte Dan Patrick, Vizegouverneur von Texas, auf den Punkt:

„Es könne nicht sein, dass die Wirtschaft der Coronakrise geopfert werde. Man müsse wenigstens diskutieren, ob nicht die älteren Bürger geopfert werden sollten. (...) Es habe ihn als älteren Bürger niemand gefragt, ob er sein Leben im Tausch gegen das Amerika riskieren würde, dass alle liebten – um es für seine Enkel zu erhalten. Er selbst sei bereit, sein Leben zu geben.“ (Der Spiegel (a)).

„Was darf ein Leben kosten?“ (Der Spiegel (b), Forbes) zeigt die Versuche von Ökonomen menschliches Leben zu quantifizieren und vergleichbar mit anderen Kosten zu machen.

Panikmacher – Die Lust am Chaos

Die staatlichen Maßnahmen zielen auf den Gesundheitsschutz. Sie hatten aber immer auch die wirtschaftliche Stabilität im Auge. Innerhalb kurzer Zeit wurden allein in den EU-Mitgliedstaaten Programme in Höhe von über 3 Bio EUR aufgelegt. (HAZ (e)) Dabei werden seit den Erfahrungen mit der Finanzkrise 2008/2009 Rettungsschirme immer so groß gewählt, dass jeder Zweifel an seiner Wirksamkeit ausgeräumt wird („Whatever it takes“ Draghi).

Dies dient einem sehr wichtigen Nebenzweck, der Erwartungsstabilisierung. Eine der kritischsten Nebenwirkungen von Krisen ist ihre Unübersehbarkeit. Dies schürt Unsicherheit. Und Unsicherheit ist Gift für eine Antikrisenpolitik.

„Aus der Risikopsychologie wissen wir, dass Unsicherheit Angst hervorruft und Angst wiederum die Unsicherheit verstärkt.“ (Romeike)

Wenn Konsumenten und Investoren davon ausgehen, dass die Verantwortlichen die Kontrolle verloren haben und die Zukunft in finstersten Farben malen, verfallen sie in Attentismus. Der Konsument verfällt in das sog. Angstsparen. Er hält sein Geld zusammen und kauft weniger. Der Unternehmer investiert nicht mehr und wartet ab. Wenn aber Konsum und Investition schrumpfen, beschleunigt sich die Krise und mit ihr der Pessimismus. In dieser sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale steckten Politik und Wirtschaft in den 30er Jahren. Dies will keiner mehr erleben. Daher die heutige Anti-Krisen-Politik mit riesigen Sicherheitsschirmen.

Auf der anderen Seite stehen „Aufklärer“, die dann doch eher Effekthascher und Lobbyisten sind.

Bsp.: Lobbyisten

„Wir müssen die Wirtschaft wieder hochfahren, weil der Staat nicht annähernd die Leistungen erbringen kann, die die Wirtschaft stemmt.“ Volker Müller, UVN (HAZ (d)). Dies sät Zweifel an der staatlichen Stabilisierungspolitik. Warum?

„Bis Mitte Mai werden drei Viertel der niedersächsischen Industriebetriebe in Kurzarbeit sein.“ (Schmidt). „Dass der Umsatz von einem Tag zum anderen von 100 auf null geht, ist einzigartig. (...) Da müssen wir schon bis zum Schwarzen Freitag von 1929 zurück um eine Parallele zu finden. (...) Der Staat kann nur vorübergehend helfen“ (Müller) (HAZ (a)).

Die Botschaft: 75% der Industriebetriebe geht in Kurzarbeit. Der Umsatz ist auf null gefallen. Der Staat kann nicht retten. Eine Melange aus Horrorspekulationen und falschen Parallelen. Warum?

Bsp.: Effekthascher

Ifo war schnell. Bereits am 22.03.2020, eine Woche nach Schließung der Schulen und am Tag der Bekanntgabe bundesweiter Kontaktbeschränkungen „weiß“ ifo schon, was es kosten könnte. Das ifo-Institut legte Szenarios zu den „volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdowns für Deutschland“ vor (ifo 2020 (a)).

Demnach koste der shutdown je nach Dauer zwischen 152 (1 Monat shutdown, 1 Monat Exit) und 729 Mrd EUR (3 Monate, 4 Monate Exit). D.h. das Wachstum falle zwischen 4,3 und 20,6% niedriger aus, als ohne shutdown.

Ifo weist zwar haftungsausschlussgleich darauf hin: „Bei der Interpretation der Resultate unserer Berechnungen ist es wichtig zu berücksichtigen, dass sie auf vielfältigen Prämissen zu ökonomischen Größen beruhen, über deren Entwicklung keine oder nur sehr begrenzt belastbare Informationen vorliegen.“ Es hindert die „Wissenschaftler“ aber nicht daran, auch ohne Informationen ein Szenario mit einer 20%-Rezession anzukündigen.

Auch fehlt die Alternativrechnung, wie hoch die Kosten unterlassener Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie wären.

In der öffentlichen Diskussion (Presse, Talkshows, ...) wird seitdem mit diesen Werten wie mit Quasi-Wahrheiten gearbeitet. ifo handelt vorsätzlich.

Man kennt dies noch von früheren ifo-Behauptungen:

- Die Schrecknisse der Target II-Salden, auf denen Deutschland sitzen bleiben würde (Sinn (2011), Sinn (2012)).
- Dass ein Flüchtling die deutsche Volkswirtschaft mehr Geld koste als er bringe (Sinn (2015), FAZ, Die Welt).
- Der Griechenland-Austritt aus der EU sei für Deutschland billiger, als ein Konkurs Griechenlands im Euro (Blankart).
- Auch der Austritt Deutschlands aus dem Euro sei billiger als der Verbleib (Meyer).

Auch in dunkelste Sachverhalte bringt ifo das Licht präziser Erkenntnis. Mit exakter Berechnung kalkuliert ifo

die unklaren Umstände und kommt zu klaren Ergebnissen. Natürlich werden daraus keine politischen Empfehlungen. Niemand bei ifo sagt, was bessere Alternativen zum shutdown wären. Die darf die gehetzte Politik dann selber treffen.

Dies nützt zwar der Aufmerksamkeit, aber weder der politischen Beratung in unsicheren Situationen noch einem seriösen Suchen nach Haltestangen im Dickicht der Ereignisse. Was natürlich auch nicht die Aufgabe der Wissenschaftler ist. Aber manchmal ist Schweigen Gold. Ich stelle mir vor, die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen wären getroffen worden, mit ebenso großen Bandbreiten der Virologen, wie die ifo-Szenarien für das BIP. Die erwartete Basisreproduktionszahl einer Corona-Infektion betrage 2-6! Wie sähen die Empfehlungen der Virologen wohl aus?

(Ich will nicht verkennen, dass das Institut ganz überwiegend guten Studien liefert. Auch sei hier positiv auf die differenzierteren Frühjahrsprognosen von IMK, SVR und die Gemeinschaftsdiagnose verwiesen.)

Versuch einer Klärung:

Shutdown – Definition und Volumen

Um die Ansteckungen zurückzuführen und die Ausbreitung der Infektionen zu kontrollieren, wurden in Deutschland seit Mitte März drastische Maßnahmen zur Verringerung der Mensch-zu-Mensch-Kontakte verordnet. Dieses Herunterfahren (engl. Shutdown) von Teilen des öffentlichen Lebens betrifft auch die wirtschaftlichen Aktivitäten.

„Beim shutdown handelt es sich um eine „Mischung aus staatlichen Vorgaben, Maßnahmen von Unternehmen zum Schutz der Gesundheit ihrer Beschäftigten und der Bevölkerung insgesamt sowie nicht zuletzt um individuelle Entscheidungen.“ (ifo (a), S. 3)

Es gibt derzeit vier Störungen in der wirtschaftlichen Wertschöpfung:

- Staatliche Schließung, die Wertschöpfung verbietet,
- Störungen der betrieblichen Arbeitsorganisation durch Krankheit oder Kinderbetreuung.
- Gestörte Zulieferketten, die eine Produktion unmöglich macht und
- Gestörte Absatzmärkte, die eine Produktion unsinnig macht.

Nur die erste ist eindeutig Corona – und staatlichem Handeln zuzuschreiben. Die zweite Störungsart ist teilweise Resultat staatlicher Maßnahmen (Kita-/Schulschließungen, Quarantänemaßnahmen).

Die anderen Störungen sind betrieblich veranlasst und nicht immer eindeutig Corona-verursacht. Hier spielt auch die allgemeine Konjunktur eine Rolle (VDI) sowie technische, organisatorische oder materielle Faktoren.

Hierauf hat auch Bundeskanzlerin Merkel hingewiesen: „Wir haben zum Beispiel nie durch Allgemeinverfügung verboten, dass Automobilfabriken arbeiten. Sie haben selber das Arbeiten eingestellt.“ (Merkel)

Auch der Sachverständigenrat wies darauf hin: „Derzeit ist die Wirtschaftsaktivität in Deutschland vielfach eingeschränkt. Nur in manchen Fällen ist dies auf behördlich verordnete Schließungen zurückzuführen, denn die behördlichen Verordnungen gelten für wenige Wirtschaftsbereiche mit intensivem Kundenkontakt, etwa für das Gastgewerbe oder weite Teile des Einzelhandels. Die betroffenen Bereiche machen knapp 7 Prozent der Bruttowertschöpfung und etwa 12 Prozent der Beschäftigung aus.“ (SVR (b))

Dies ist nicht wenig, aber eben auch nicht der 100%-Stopp wie einige behaupten oder suggerieren.

„Es ist ein großer Unterschied, ob man Fußballspiele absagt oder ob man eine gesamte Volkswirtschaft schließt.“ (Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler, Leibniz Universität Hannover Interview im heute journal 19.04.2020).

„Dass der Umsatz von einem Tag zum anderen von 100 auf null geht, ist einzigartig.“ (HAZ (a))

Die rechtlichen Regelungen, z.B. Niedersachsen

Der Gesetz- und Ordnungsgeber hat in Deutschland von Anfang an großen Wert auf eine wirtschaftsfreundliche Haltung gelegt.

So war und ist in Niedersachsen (exemplarisch, andere Bundesländer weichen aber nur im Detail ab) die Berufsausübung grundsätzlich und auch in Gruppen immer gestattet gewesen. Das Abstandsgebot ist möglichst einzuhalten (NDS, § 3 2., § 10 (1)). Für Saisonarbeitskräfte aus dem Ausland (z.B. Erntehelfer) wurden Sondergenehmigungen erlassen (NDS, § 5 (5), § 10 (2)). Selbst Dienstreisen ins Ausland sind ohne Quarantäne nach Rückkehr zulässig, wenn der Auslandsaufenthalt weniger als 48 Stunden dauert (NDS, § 5 (3)). Der Frachtverkehr samt der damit verbundenen Tätigkeiten ist frei (NDS, § 5 (4) Ziff. 1). Berufspendler sind frei (NDS, § 5 (4) Ziff. 2). Zudem wurden Arbeitszeitregelungen liberalisiert, Beschaffungsverfahren vereinfacht (sprich: nationalisiert) usw.

V, U oder L – wie verläuft der Einbruch?

Der Schock kam schnell. Bislang haben dem Vernehmen nach 725.000 Unternehmen Kurzarbeit angemeldet. Offizielle Zahlen zu den betroffenen Beschäftigten und den Grad der Kurzarbeit gibt es noch nicht. Neue Zahlen kommen jedoch erst Ende April oder Anfang Mai.

Gleichwohl will ich einige Informationen nutzen, um Plausibilitätsüberlegungen anzustellen.

China ist in dieser Krise voraus. Mit Blick auf einige neue Wirtschaftsdaten aus der Volksrepublik China könnten sich Analogieschlüsse für den Krisenverlauf in Deutschland ergeben.

Negativ

- Im ersten Quartal 2020 ist die chinesische Wirtschaft erwartungsgemäß mit -9,8% gegenüber dem Vorquartal geschrumpft (-6,8% gg. Vorjahr).
- Die Arbeitslosigkeit ist in China im Februar 2020 um einen Prozentpunkt (ca. +5 Mio Personen) auf 6,2% gestiegen. EIU rechnet in diesem Jahr mit zusätzlichen 22 Mio Arbeitslosen (Tagesspiegel). Dies belastet den Konsum und damit das Wachstum auch nach dem shutdown.
- Die Zahl der Konkurse stieg auf 247.000.

Positiv

- Die chinesische Industrieproduktion fiel im März nur noch um 1,1% Y/Y (nach -13,5% Y/Y im Februar).
- Die Einzelhandelsumsätze schrumpften im März mit -15,8% Y/Y (nach -20,5% im Februar) weniger stark.
- Der Hafen Shanghai meldet für März 2020 eine Wiedererholung des Containerumschlags auf 90% des Vorkrisenniveaus. Die Zahl der Schiffsanläufe lag in der zweiten März-Hälfte wieder auf Vorjahresniveau (+34% ggb. Februar). (Fruchthandel)
- Die Einkaufsmanager-Indices (PMI) sprangen nach Tiefstwerten im Februar im März wieder auf Expansion (>50, Verarbeitende Gewerbe von 27,8 auf 54,1), Dienstleistungen von 29,6 auf 52,3). (reuters)
- Der PKW-Absatz in China lag Ende März nur noch um 24% unter dem Vorjahr (Jan-Mrz 2020: -36% ggb. Vorjahr, Feb 2020 -90%). (Manager Magazin)
- „Volkswagen sieht in der Corona-Krise deutliche Zeichen für eine Erholung des wichtigen Geschäfts in China. Alle 2000 Händler der Marke Volkswagen in dem Land haben wieder geöffnet (...). In 32 der 33 Produktionsstätten von VW werde wieder gearbeitet. ‚Es gibt immer mehr Anzeichen für eine Erholung, mit einer guten Chance, dass der chinesische Automarkt im Frühsommer das Niveau des vergangenen Jahres erreichen könnte‘, sagte VW-China-Chef Stephan Wöllenstein.“ (HAZ (b))

Die wirtschaftlichen Konsequenzen des shutdown

Die Schließungen betreffen einige Bereiche ganz eklatant. Der Einzelhandel ist dabei zuvorderst genannt. Er ist aber durch viele Ausnahmen nur zu ca. 45% der dort Beschäftigten betroffen (Regelung bis 19.04.2020). Viel gravierender sind die Wirkungen für andere Dienstleistungen wie z.B. Frisöre, Physiotherapeuten, Restaurants, Musiker oder Messebauer.

Shutdown – Abbildung im Haushaltskonsum

Weniger als die Hälfte der Ausgaben eines durchschnittlichen Haushalts wird im Einzelhandel verausgabt (42,3%, Tabelle 1). Gut ein Viertel (27,9%) der Haushaltsausgaben entfallen dabei auf die geschlossenen Bereiche des Einzelhandels. Hinzutreten aber noch weitere betroffene Bereiche. Hiernach entfallen ca. 38,3% der Ausgaben eines durchschnittlichen Haushalts auf geschlossene Bereiche.

Tabelle 1: Warenkorb 2015 (Ausgabenverwendung eines Durchschnittshaushalt in %, StatBA, eig. Zuordnung)

Verwendungszwecke (in Klammern: relevante Einzelhandelsgüter (EH))	2015	EH-relevant	Shutdown-betr.
Nahrungsmittel/Getränke	9,7	9,7	0,0
Alkohol. Getränke/Tabak	3,8	3,8	0,0
Bekleidung/Schuhe	4,5	4,5	4,5
Körperpflege	2,3	1,2	0,0
Möbel, HH-zubehör	5,0	5,0	5,0
Wohnung, Wasser, Energie	32,5	0,0	0,0
Gesundheit (Medikam-, Sanitär)	4,6	1,9	2,6
Verkehr (PKW, Kraftstoffe)	12,9	7,6	8,7
Post/Telekom. (Post, Telefone)	2,7	0,5	0,0
Freizeit/Unterh./Kultur (U-Elektronik, Camping, Haustiere, Sport, Spielwaren, Bücher, Zeitungen, Pauschalreisen)	11,3	7,5	9,9
Bildungswesen	0,9	0,0	0,9
Gaststätten/Beherbergung	4,7	0,0	4,7
Versicherungen	2,5	0,0	0,0
Finanzdienstleistungen	0,2	0,0	0,0
Sonstige	2,5	0,6	2,0
SUMME	100,0	42,3	38,3

Gem. Kontaktreduzierungsregelungen bis 19.04.2020

Zudem ist ein Teil des bisher stationären Einzelhandels in shutdown-Bereichen in den online-Handel gewechselt (Bücher, Textilien, Schuhe) oder versucht mit Außer-Haus-Services Umsatzeinbußen zu reduzieren (Gaststätten). Dies ist aber bislang nicht bezifferbar.

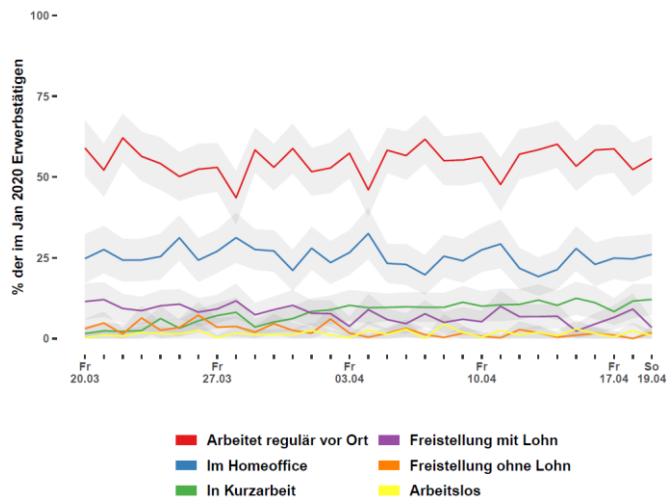
Der Großteil der häuslichen Ausgaben entfällt auf nicht-betroffene Bereiche (geöffneter Einzelhandel, Wohnen, Verkehr, Telefonie/Internet, ...). So ist auch die hinter diesen ungestörten Bereichen stehende Wertschöpfung weitgehend ungestört (z.B. Agrar, Bau, Energie, Wasser, Ernährungsindustrie, Versicherungen, Banken, Agrar. Mannheimer Coronastudie).

Die Mannheimer Coronastudie (MH-CorSt)

An der Universität Mannheim wird über das German Internet Panel (GIP) eine tägliche online-Umfrage durchgeführt zu Aspekten der Krisenwahrnehmung, des individuellen Verhaltens, der Kinderbetreuung und der

Arbeitssituation. Sie gibt sehr zeitnah Rückmeldungen zur Lage und auch zu Veränderungen während der Krise, auch im Vergleich mit Vorkrisendaten. Besonders interessant ist eine sektordifferenzierte Erhebung zur Arbeitssituation von zuvor Erwerbstätigen.

Abb. 2: Beschäftigungssituation der Erwerbstätigen in Deutschland während der Corona-Krise (Quelle: MH-CorSt (b), Daten bis 19.04.2020)



Anmerkungen zur Abbildung: Dargestellt sind Personen, die im Januar 2020 erwerbstätig waren. Fragetext: Welche (berufliche) Tätigkeit üben Sie heute am [WOCHENTAG], dem [DATUM], hauptsächlich aus? Antwortmöglichkeiten: Arbeite im regulären Umfang vor Ort beim Arbeitgeber / Auftraggeber, Arbeite im regulären Umfang im Homeoffice, Befinde mich in Kurzarbeit mit staatlichem Kurzarbeitergeld, Arbeite nicht / freigestellt mit Lohnfortzahlung, Arbeite nicht / freigestellt ohne Gehaltsbezug, arbeitslos.

Mit Datum vom 19.04.2020 zeigt sich folgendes Bild (MH-CorSt (b) in Verbindung mit MH-CorSt (a)):

- **Arbeit am Arbeitsplatz:** am 19.04.2020 arbeiteten 56% der im Januar erwerbstätigen Befragten regulär vor Ort. Dieser Wert ist recht stabil. Bei hohen Qualifikationen und bei mittleren Einkommen ist der Wert höher. Ein Unterschied nach Geschlecht ist nicht erkennbar.
- **Home-Office:** der Anteil hat deutlich zugelegt (25%, nach StBA lag der Anteil vor der Krise bei 12%). Er ist sektoral erwartungsgemäß sehr unterschiedlich. Der Männer-Anteil ist etwas höher und der Anteil steigt mit Qualifikation und Gehalt deutlich an.
- **Kurzarbeit:** die Zahl der Kurzarbeiter steigt im Verlauf an, auf zuletzt 12,1% (19.04.2020, Abb. 3). Dies entspricht 4,04 Mio Personen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.06.2019: 33,4 Mio). Dies ist hoch, liegt aber im Rahmen der Erwartungen. In Presseberichten schwanken die erwarteten Zahlen zwischen 2 und 7 Mio. Auch die sektorale Verteilung erscheint plausibel (und relativiert die Meinungsmache aus der Industrie, s.o.). Die Zahl der Kurzarbeiter hängt negativ mit dem Bildungsgrad zusammen, eine geschlechtsspezifische oder Gehaltsabhängigkeit ist nicht eindeutig.

Tabelle 2: Beschäftigungssituation in versch. Wirtschaftszweigen, Woche 3: 3.4.-10.4.2020, Angaben in Prozent (Quelle: MH-CorSt (a))

	wie bisher	Home-Office	Kurzarbeit	freigestellt mit Lohn	freigestellt ohne Lohn	arbeitslos	Total
10.04.2020 (N = 2.223)							
Land-/Forstwirtschaft	67	9	0	13	0	11	100
Bergbau	89	11	0	0	0	0	100
Verarbeitendes Gewerbe	56	18	16	5	0	5	100
Energieversorgung	34	54	6	0	0	6	100
Wasserversorgung, Abfall	69	6	23	2	0	0	100
Baugewerbe	65	13	14	2	0	5	100
Handel	60	18	16	4	0	4	100
Verkehr, Logistik	69	11	5	6	2	7	100
Gastgewerbe	40	0	40	0	8	13	100
Information/Kommunikation	20	59	4	5	3	8	100
Finanzen/Versicherung	54	39	0	1	3	3	100
Grundstücks-/Wohnungsw.	34	46	11	4	0	6	100
Freiberufl./wiss./techn. DL	50	33	4	2	8	2	100
sonstige wirtschaftliche DL	33	37	30	0	0	0	100
Öffentliche Verwaltung	63	28	0	8	0	1	100
Erziehung und Unterricht	24	48	3	21	3	2	100
Gesundheits-/Sozialwesen	84	7	4	3	1	2	100
Kunst/Unterhaltung/Erholung	37	27	20	8	6	2	100
Sonstiges	42	23	11	6	3	15	100
Total	55	24	10	6	1	5	100

Tabelle 3: Beschäftigungssituation in verschiedenen Wirtschaftszweigen, Daten aus Tabelle 2 mit Daten des Stat. BA auf Personen umgerechnet (Stand: 30.06.2019, Quellen: MH-CorSt (a), StatBA, eigene Berechnungen)

	wie bisher	Home-Office	Kurzarbeit	freigestellt mit Lohn	freigestellt o. Lohn	arbeitslos	Total
30.06.2019							
Land-/Forstw.	169	23	0	33	0	28	253
Bergbau	58	7	0	0	0	0	66
Verarb. Gewerbe	3.921	1.260	1.120	350	0	350	7.002
Energieversorgung	80	126	14	0	0	14	234
Wasservers., Abfall	177	15	59	5	0	0	256
Baugewerbe	1.232	246	265	38	0	95	1.896
Handel	2.696	809	719	180	0	180	4.493
Verkehr, Logistik	1.268	202	92	110	37	129	1.838
Gastgewerbe	444	0	444	0	89	144	1.109
IuK	227	670	45	57	34	91	1.135
Finanzen/Versich.	519	375	0	10	29	29	961
Grund./Wohn.w.	94	127	30	11	0	17	277
FB/wiss./techn. DL	1.148	758	92	46	184	46	2.296
sonst. Wirtsch. DL	768	862	699	0	0	0	2.329
Öff. Verwaltung	1.153	512	0	146	0	18	1.830
Erzieh./Unterricht	313	627	39	274	39	26	1.306
Gesundh./Sozialw.	4.130	344	197	147	49	98	4.916
Kunst/Unterh./Erh.	111	81	60	24	18	6	301
Sonstiges	382	209	100	55	27	136	910
Total	18.374	8.018	3.341	2.004	334	1.670	33.407

- **Arbeitslosigkeit:** Aktuell (19.04.2020) ist die Arbeitslosigkeit der vormals Erwerbstätigen auf 1% gefallen. Dies entspricht ca. 334 Tsd Personen. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Antworten hängt negativ mit dem Gehalt zusammen, eine geschlechtsspezifische oder Bildungsabhängigkeit ist nicht eindeutig. Die Arbeitslosenzahl von 1,67 Mio in Tabelle 3 basiert auf einem abweichenden Ergebnis der Befragung zur Sektordifferenzierung (Datum: 10.04.2020).
- Die Zahl der mit und ohne Gehalt **Freigestellten** ist gefallen, vermutlich zugunsten der Kurzarbeit.

Bis auf die Abweichungen in der Arbeitslosenzahl erscheinen mir die Ergebnisse plausibel. Sie geben wichtige Zwischeninformationen bevor die offiziellen Zahlen vorliegen.

Fazit:

Das Problem der deutschen Wirtschaft ist nicht die nationale shutdown-Politik, die die wirtschaftlichen Interessen der Volkswirtschaft angeblich nicht berücksichtigt. Das tut sie. Es ist vielmehr die Fragilität ihrer Lieferketten. Diese sind im globalen Wettbewerb auf Kosteneffizienz getrimmt worden. Economies of scale dominierten risikodiversifizierte Zulieferstrukturen. Sicherheit spielte eine untergeordnete Rolle (wie in der Finanzkrise!).

Langsam aber stetig setzt sich durch, dass die Wiedereröffnung der Autohändler nichts nützt, wenn die Zulieferer in Italien, China oder Frankreich aus verschiedenen Gründen nicht liefern kann. Zumindest für die EU fordert der VDA mehr Koordinierung, wie auch die Kommissionspräsidentin.

Während sich die deutsche Öffentlichkeit gerade über die erwartbare und eigentlich unproblematische Viestimmigkeit in der Schulöffnung erregt, begreift die deutsche Industrie die Bedeutung der Dysfunktionalität nationaler Antworten der EU-Mitgliedstaaten auf die Corona-Krise zur Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit.

In der jetzigen Krise ist es meines Erachtens viel bedeutender z.B. Italien mit seinen Zulieferern für den deutschen Maschinen- und Fahrzeugbau zu unterstützen, um den EU-Produktionsverbund auch im internationalen Wettbewerb wiederherzustellen, als die öffentlichen Meinungsbildungskonäle mit Panikmache und Lobbyismus zu verstopfen und zu verunsichern.

"Es ist nicht hilfreich, wenn Länder im Alleingang handeln" (Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) nach Der Spiegel (c)).

VW-Chef Herbert Diess fordert „mehr europäische Solidarität“ und plädiert für Corona-Anleihen. Eine vergemeinschaftete Kreditaufnahme könnte Volkswirtschaften

wie Griechenland, Italien und Spanien wieder auf die Beine zu helfen. (Der Spiegel (c))

Auch wird es darum gehen, nach der Aufhebung der shutdowns in der EU die Nachfrage anzuregen. Auch hierzu gibt es Überlegungen in Berlin und Brüssel.

Bsp.: China: Nach der Epidemie wird es jetzt um die Stabilisierung der Konjunktur gehen. (Tagesspiegel) „Beim Neustart kleckert Peking nicht.“ (Sieren)

In Krisenzeiten ist das Finden und Formulieren der richtigen Fragen und die Suche nach guten Antworten wichtiger als die vielstimmige Beantwortung ungestellter oder unwichtiger Fragen.

Europa bleibt für uns der zentrale Rahmen für die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft.

Nachschau:

Von Krise zu Krise – Folgen der Liberalisierung

Jahrzehnte wurden öffentliche Regulierungsräume geschliffen durch die Liberalisierung von Finanz- und Arbeitsmärkten, der Privatisierung von Radio und TV, Telekommunikation und Post, dem Verkauf von gemeinnützigen Wohnungen, öffentlichen Versorgungseinrichtungen, von Verkehrsinfrastrukturen, Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen. Privat ist gut und demokratisch, staatlich ist ineffizient und bevormundend. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die deutsche Einheit und die Osterweiterung von NATO und EU schienen da nur als Bestätigung, trotz der brutalen Transformation dort, mit all ihren Fehlentwicklungen (Oligarchien, Diktaturen, autoritäre Regime bei hoher Arbeitslosigkeit und Verelendung). Gleichwohl wurden auch im Westen Sozialstaatskosten weiter gesenkt, um der Wohlstandsmaschine Markt und Unternehmertum ihren Raum zu geben. Fordern und Fördern hieß das in Deutschland. Das war die neoliberale Revolution gegen die „Verkrustungen“ des Sozialstaats.

Nicht alles war falsch. Doch der Schock war groß, als 2008 ausgerechnet der liberalisierte Finanzmarkt einen globalen Kollaps ungeahnten Ausmaßes hinlegte. Nichts war zu sehen von den zuvor beschworenen Selbstheilungskräften des Marktes. Stattdessen positive Rückkopplungen und katastrophale Krisenspiralen.

Der Schrei nach staatlicher Rettung durch Banken und Hedgefonds war laut und wirksam. Binnen Tagen wurden 2008 Abermilliarden US-Dollar, Euro, Yen, Pfund und Yuan mobilisiert zum Stabilisieren systemrelevanter Banken. Alsbald wurde die staatliche Rettung zur staatlichen Überschuldung und mancher Staat kam selbst ins Wanken. Mit den folgenden Konsolidierungsmaßnahmen erwies sich auch die Rettung der Finanzmärkte als Plünderung des Sozialstaats. Die großen

Vermögen wurden größer, die Einkommensschere öffnete sich weiter und das Empfinden für soziale Gerechtigkeit fiel in Depression. Eine Reihe von Unzufriedenen wendete sich von der Teilnahme an Politik (Wahlen, Diskussionen, ...) ab oder nationalistischen Heilsversprechungen zu.

Und jetzt Corona.

Die globale Epidemie fordert wiederum staatlich ordnende Interventionen zur Verhinderung ungeordneter Infektionsprozesse mit der Erkrankung und dem Tod von Teilen der Bevölkerung ohne mögliche medizinische Begleitung, die eine entwickelte Zivilgesellschaft ihren Mitgliedern angedeihen lassen will, kann oder sollte.

Und das staatliche Krisenmanagement liefert. Ganz unterschiedlich nach finanziellen Ausstattungen, der Krisenfähigkeit der gesundheitlichen Systeme und natürlich politischem Vermögen.

Die große Koalition in Deutschland erweist sich wiederum als Glücksfall (wie 2008). Ist sie doch am besten in der Lage breit getragene Vereinbarungen zur Mobilisierung von Hilfsmaßnahmen zu bewerkstelligen, die das Problem der Stunde lösen sollen und auch können. Die sozialpolitischen und anderen Kollateralwirkungen können später diskutiert werden, wie auch nach 2008.

Nach 2011 war angesichts der Griechenlandkrise in Deutschland nur wenig mehr zu hören war von Staatsbürokratie in Deutschland. So freuen wir uns heute über Merkel-Scholz im Vergleich zu gespaltenen Gesellschaften wie in den USA mit Trump oder Großbritannien mit Johnson.

Wiederum wurden im März 2020 Billionen von EUR als Rettungsschirme gegen die Coronakrise aufgesetzt. Und zunehmend setzt auch die Wirtschaft auf die Reaktivierung der EU als integraler politischer, kommerzieller und Produktionsverbund.

Dies braucht auch und endlich eine gemeinsame EU-Finanzpolitik, getragen von den Mitgliedstaaten, um sich um eine gerechte Lastenteilung zu kümmern, bei der Ordnung der öffentlichen Finanzen nach Corona und Rezession.

Denn auch dies ist ein moral-hazard-Problem, dass „die freie Wirtschaft“ sich gewinnoptimierende Schönwetterstrukturen gibt, aber die unweigerlich folgenden Krisenbeseitigungskosten dem Steuerzahler (oder Drittstaaten) aufbürdet.

Quellen

Blankart, Charles B., Bretschneider, Sven: Nutzen und Kosten eines Austritts Griechenlands aus dem Euro, ifo-Schnelldienst 09/2012

Die Welt, ifo-Chef Sinn: „Jeder Migrant kostet 1800 Euro mehr, als er bringt“, 29.12.2014

Der Spiegel (a), Texas Vizegouverneur: Großeltern sind bereit, für ihre Enkel zu sterben, 24.03.2020 (<https://www.spiegel.de/panorama/coronavirus-texanischer-gouverneur-fordert-grosseltern-auf-fuer-ihre-enkel-zu-sterben-a-5d7724af-e3d8-4ba0-a561-ecb8af0f402d>)

Der Spiegel (b), Was darf ein Leben kosten?, 04.04.2020, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-und-die-wirtschaft-was-darf-ein-leben-kosten-a-29353c88-18f7-4677-9b6a-210aed574386>

Der Spiegel (c), The Path Out of the Lockdown German Carmakers Prepare To Ramp Up Production, 16.04.2020 (<https://www.spiegel.de/international/business/german-carmakers-prepare-to-restart-production-a-3a4e72d7-0284-4203-882b-438083ef2c5e>)

Dpa-AFX, Besserung auf Chinas Automarkt, 08.04.20

FAZ, Ifo-Chef Sinn: „Migration ist ein Verlustgeschäft“, 29.12.2014

Forbes; How Economists Calculate The Costs And Benefits of COVID-19 Lockdowns, 27.03.2020, <https://www.forbes.com/sites/theapothecary/2020/03/27/how-economists-calculate-the-costs-and-benefits-of-covid-19-lockdowns/#f26bc1c6f630>

Fruchtportal, Shanghai: Containerumschlag beinahe auf Normalniveau, 02.04.2020 <https://www.fruchtportal.de/news/artikel/043402/shanghai-containerumschlag-beinahe-auf-normalniveau>

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2020, Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen, 08.04.2020

HAZ (a), Hannoversche Allgemeine Zeitung, „So etwas hält keine Branche aus“, Volker Müller (UVN) und Volker Schmidt (NiedersachsenMetall), HAZ-Interview, 09.04.2020

HAZ (b), Volkswagen sieht Zeichen für Erholung auf chinesischem Markt, 09.04.2020

HAZ (c), Tiefe Rezession wegen Corona, 09.04.2020

HAZ (d), Zurück zu Schule und Job: Experten entwickeln Plan, 14.04.2020

HAZ (e), Leises Drängen von der EU, 16.04.2020

Ifo (a), Die volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdown für Deutschland: Eine Szenariorechnung, in ifo Schnelldienst Digital 73(4), 2020020, Vorabdruck vom 22.03.2020

Ifo (b), Die volkswirtschaftlichen Kosten des Corona-Shutdown für ausgewählte europäische Länder: Eine Szenariorechnung, in ifo Schnelldienst Digital 73(4), 01.04.2020

Ifo (c), Volkswirtschaftliche Kosten des Corona-Shutdown: Annahmen zu den sechs berechneten Szenarien, März 2020, <https://www.ifo.de/sites/default/files/2020-03/text-fuest-ua-Anhang-Tabs.pdf>

Ifo (d), Wirtschaftliche Folgen der Coronakrise: Szenarienrechnung für die einzelnen Bundesländer, 15.04.2020 (<https://www.ifo.de/DocDL/sd-digital-2020-04-lehmann-ragnitz-szenarien-bundeslaender.pdf>)

IIF (Institute of International Finance), Macro Notes–COVID-19 Policy Response in Emerging Markets, 15.04.2020 (https://www.iif.com/Portals/0/Files/content/1_IIF20200415_MN.pdf)

IMK, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Virus-Pandemie stürzt Weltwirtschaft in tiefe Rezession, Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2020/2021, 02.04.2020

Leopoldina, Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden, Ad hoc-Stellungnahme, 13.04.2020

Manager Magazin, Hoffnung für VW, BMW und Daimler, Chinesischer Automarkt erholt sich langsam, 08.04.2020

Merkel, Angela, Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel zu den Maßnahmen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus, 06.03.2020, <https://www.bundestkanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundestkanzlerin-merkel-zu-den-massnahmen-der-bundesregierung-im-zusammenhang-mit-dem-coronavirus-1739654>

Meyer, Dirk; Permanenter Stabilisierungsmechanismus oder Euroaustritt – ein Vergleich der Kosten; in: ifo-Schnelldienst 11/2012

MH-CorSt (a), Mannheimer Coronastudie, Schwerpunktbericht zur Erwerbstätigkeit in Deutschland 20.03.-15.04.2020, <https://www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie/>

MH-CorSt (b), Mannheimer Coronastudie, Das Leben in Deutschland im Ausnahmezustand, Bericht zur Lage vom 20. März bis 19. April 2020, 20.04.2020, <https://www.uni-mannheim.de/gip/corona-studie/>

NDS, Niedersächsische Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Corona-Virus vom 17.04.2020

Reuters (a), Umfrage - Chinas Wirtschaft expandiert unerwartet - Aussichten düster, 31.03.2020

Reuters (b), Autobauer fahren Produktion bald wieder an, 08.04.20

Romeike, Frank; Schüller, Katharina; Anmaßung von Wissen – Corona-Krise: Unsichere und falsche Daten, RiskNet – The Risk

Management Network, 04.04.2020, <https://www.risknet.de/themen/risknews/anmassung-von-wissen/>

Romer, Paul, Garber; Alan M.; Will Our Economy Die From Coronavirus?, in: New York Times vom 23.03.2020, <https://www.nytimes.com/2020/03/23/opinion/coronavirus-depression.html>

Shiller, Robert; Now the world faces two pandemics – one medical, one financial, in: The Guardian vom 01.04.2020; <https://www.theguardian.com/business/2020/apr/01/now-the-world-faces-two-pandemics-one-medical-one-financial-coronavirus>

Sieren, Frank; Erholung für die globale Wirtschaft, Hoffnung für die Welt aus dem Coronavirus-Epizentrum, Gastbeitrag in: Tagesspiegel, 19.03.2020

Sinn, Hans-Werner; Deutschland drohen neue Belastungen, in Wirtschaftswoche vom 21.02.2011

Sinn, Hans-Werner; Die Target Falle, Hanser, München, 2012

Sinn, Hans-Werner; Ökonomische Effekte der Migration, ifo-Schnelldienst 1/2015

SVR (a), Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie, Sondergutachten, 22.03.2020

SVR (b), Eine Exit-Strategie für Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12.04.2020

Tagesspiegel, Arbeitslosigkeit in China steigt an. Jetzt werden die sozialen Folgen der Coronakrise deutlich, 16.04.2020

VDI-Nachrichten, Maschinenbau leidet nicht nur unter Corona-Folgen, 09.03.2020

Torsten Windels ist Ökonom und lebt in Hannover. Er war von 2007-2018 Chefvolkswirt der NORD/LB und ist seit 2019 als Beratender Ökonom tätig und Koordinator der Keynes-Gesellschaft, Regionalgruppe Nord

Im Gegenlicht - Rückblick

Nr. 00 – 1. Februar 2020

Niedersachsen: Öffentliche Investitionen dringend geboten – Analyse des Standes, des Bedarfs und der Finanzierungsmöglichkeiten öffentlicher Investitionen in Niedersachsen

Nr. 01 – 2. April 2020

Finanzminister Hilbers in der Sackgasse – Kommentar zum Artikel „Riesenverluste im Landesetat: Bald droht eine Haushaltssperre des Finanzministers“, runderblick vom 31.03.2020

Nr. 02 – 13. April 2020

Corona – Was passiert im Shutdown mit Einkommen, Beschäftigung, Verschuldung und Zins?

Nr. 03 – 19. April 2020

Ständestaat – In der Krise werden Konflikte klarer – „Dass, was der Staat aktuell an Hilfen zahlt, hat er vorher von der Wirtschaft bekommen.“